

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjählicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 RM;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Bundes).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Seite:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt & r.a.t.t.a.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 12.

Berlin, Mittwoch, 13. Februar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der neue preussische Minister für Landwirtschaft. —
Auswanderung der deutschen Industrie. — Die Probe aufs
Exempel. — Zum Betriebsrat. — Zum Betriebsrat.
— Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände
über das Jahr 1906. — Gewerkezeitung-Zeit. — Verbands-
Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Der neue preussische Minister für Landwirtschaft.

Herr von Bobbelski, der vormalige Minister
für Landwirtschaft, ist jetzt auf seinem Gute Dal-
min und widmet sich ausschließlich der jetzt sehr
einträglichen Schweinezucht. Als er noch Minister
war, betrieb er die Pflege des nützlichen Vorken-
nieders. Alle Welt wußte, daß er der
größte Schweinezüchter war. Wie dieser Minister
auch sonst noch Geschäfte zu machen mußte, das
hat die Affäre von Kippelstrich & Co. nur zu
deutlich gezeigt. Als im Januar der preussische
Etat zur ersten Lesung stand, debattierten die Groß-
agrarien im Abgeordnetenhaus, Herr von Bobbelski
nicht mehr an seinem Platze zu sehen. Wenn
hätten sie diesem rücksichtslosen Vertreter einseitiger
agrarischer Interessen diese Tränen nachgeweiht.
Herr von Bobbelski war so ganz ein Mann nach
ihrem Herzen.

Jetzt ist ein neuer Herr auf den Sessel, den
von Bobbelski verlassen hat, gesetzt worden; von
Arnim ist sein Name. Am Donnerstag, 7. Februar,
stellte er sich bei Beginn der zweiten Lesung des
landwirtschaftlichen Etats dem Hause vor, um
gleichzeitig auch seine Ansichten zu entwickeln. Diese
Ansichten klangen in einer Beziehung so ganz anders,
als man sie sonst von dieser Stelle aus zu hören
gewohnt war. Es betraf dies die Stellung zur
Zollpolitik. Hören wir ihr selbst!:

Es ist jetzt ein Jahr her, seit der Inauguration
unserer Zollpolitik. Der Herr Finanzminister hat in seiner
Statrede schon auf die günstige Wirkung dieser Zollpolitik
aufmerksam gemacht. Auch auf die Landwirtschaft hat sie
zweifellos belebend gewirkt. Ich kann mich aber
dem Eindruck nicht verschließen, daß die
Chancen, die die Zollgesetzgebung bietet, doch
etwas überschätzt werden. Meiner Überzeugung nach
bilden die Erhöhung der Arbeitslöhne und die durch das
Steigen sämtlicher Preise bedingte Erhöhung der Produktions-
kosten ein schwerwiegendes Gegengewicht gegen die Vorteile,
welche die etwas höheren Preise der Landwirtschaft bieten,
(sehr richtig! rechts) ganz besonders wenn man berücksichtigt,
daß die hohen Viehpreise nur vorübergehend sein können.
Nicht man dies alles in Rücksicht, so kann man sich der
Überzeugung nicht verschließen, daß die hohen Viehprei-
se, die wir gegenwärtig haben, in der gesteigerten
Rentabilität eine genügende Stütze nicht finden. (Sehr
richtig!) Ich halte sie vielmehr für ein höchst bedenkliches
Moment, (sehr richtig!) dessen Ursache weniger in der ge-
steigerten Rentabilität wie in der erhöhten Nachfrage nach
Grund und Boden liegt, hervorgerufen durch die vermehrten
Ankäufe der verschiedenen staatlichen und privaten An-
sehungsstellen, die Domänenkäufe und Käufe von vielen in
der Industrie reich gewordenen Leuten. (Sehr richtig! rechts
und im Zentrum.) Da sind Momente, die leider auch den
Bauernstandswirt oft verschlingen, ja geradezu zwingen, Preise
anzulegen, die sich nicht bezinsen können.

Diese allgemeine Preissteigerung ist aber auch deshalb
so bedenklich, weil sie nicht nur dem Verkauf, sondern —
das ist das Allerbedenklichste — auch bei der Bereitung in
die Erzeugung tritt und bei jedem Erzeugnis hinaus gibt.
Wichtig nach dem amtlichen statistischen
Bericht.

zu einer vermehrten und beschleunigten Verschulung. Die
zunehmende Verschulung ist meiner Ansicht nach einer der
Haupttreibkräfte, unter denen die Landwirtschaft heute
leidet. Sie ist die einzige Ursache dafür, daß die Land-
wirtschaft sich besonders so wenig widerstandsfähig gegen
die ungünstigen Konjunkturlagen gezeigt hat. Zweifellos
bringt die Zollgesetzgebung den jetzt
lebenden Landwirten nicht unerhebliche
Vorteile. (Sehr richtig! links. Heiterkeit.) Sicher
ist, daß diese Vorteile in gewisser Zeit, meist schon
in einer Generation, in Gefahr von höheren
Schulden konsumiert sein werden, so daß dann
die Landwirtschaft sich wieder auf demselben
Standpunkt befinden wird, auf dem sie heute
steht. (Sehr richtig! links.) Die Zollgesetzgebung
hätte dann also gar nichts genützt; sie hätte viel-
mehr geschadet; denn hätte sie eine Verminderung
oder Aufhebung der Zölle statt — und wer
wollte die Möglichkeit dafür leugnen? — dann, meine
Herren, werden Katastrophen der aller schlimmsten Art ein-
treten. Unsere Zollgesetzgebung ist nur dann zu rechtfertigen,
wenn wir auch Maßnahmen ergreifen, um die nicht gewollten,
ungünstigen Begleiterscheinungen zu bekämpfen. Ich sehe
es aber gerade als eine Hauptaufgabe unserer Zollge-
setzgebung an, die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes
zu ermöglichen. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Zoll-
gesetzgebung gleicht darum einem provisorischen
Wahl, hinter dem wir mit allen Kräften und so schnell
wie möglich einen solchen, massiven Bau aufrichten müssen,
der imstande ist, der eindringenden Flut Widerstand zu
leisten, falls je dieser Wall fortgerissen werden sollte.

Die Rede brachte einiges Unbehagen in das
Zentrum und in die Konservativen. Der Zentrum-
abgeordnete Ballenborn erklärte, daß seine
Freunde nicht einverstanden seien, wenn der
Herr Minister den Zollschutz nur für ein Pro-
visorium halte. Das Zentrum habe mit vieler
Mühe und unter schweren Kämpfen danach ge-
ringert, den Zollschutz für die Landwirtschaft zu
erreichen und sei daher nicht gewillt, von diesem
Schutze in absehbarer Zeit zurückzutreten.

Auch der konservative Abgeordnete von Bodel-
berg ließ deutlich erkennen, wie sehr seine Freunde
von den Erklärungen des Herrn Ministers bezüglich
der Zölle überrascht seien. Er hoffte, ihn miß-
verstanden zu haben, die Konservativen, so er-
klärte Herr von Bodelberg, müßten jedenfalls, um
kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, hervor-
heben, daß sie in absehbarer Zeit unter keinen
Umständen abgeben könnten, daß die Zölle
einen nur vorübergehenden Charakter tragen.

Der Herr Minister antwortete dann leider sehr
stark einlenkend. Er habe die Zölle als einen
provisorischen Wall bezeichnet, weil er fürchte, daß
die Zeit kommen könne, wo andere Parla-
menten die Regierung zwingen, die Zollmauer
wieder abzutragen.

Unser Verbandsredakteur, Abg. Goldschmidt,
wünschte, daß diese Zeit bald komme, stellte die
Kreuzungen des Herrn Ministers nochmals fest
und wies sodann unter dem Gelärme der Agrarier
darauf hin, daß die Reichsregierung gar nicht im-
stande sein werde, in Zukunft mit einer auf dem
Boden des Zolltariffs stehenden Mehrheit weiter zu
regieren, zumal es schon jetzt sehr zweifelhaft sei,
ob eine Handelsverhandlung auf Grund des be-
stehenden Zolltariffs mit England, den Vereinigten
Staaten von Nordamerika und mit Kanada mög-
lich sein werde. Wenn daher der Ministerpräsident
in seinem Silvesterbrief nach einer starken liberalen

Partei im Reichstage förmlich geschrien habe, wie
der Hirsch nach Wasser, dann erkenne man daran,
daß der Reichsregierung das Feuer unter den
Rägeln brenne.

Unser Verbandsredakteur besprach dann weiter
die Fleissteuerung, die Leutenot und die Kuli-
gefahr, ferner über die notwendige Ausdehnung
der Krankenversicherung auf die landwirt-
schaftliche Bevölkerung, über die Notwendigkeit
dem Lande, für die landwirtschaftlichen Fort-
bildungsschulen usw.

Der neue Minister wird es sehr schwer haben
bei der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, wenn er
seine Anschauungen über die Bedeutung der land-
wirtschaftlichen Zölle nicht gründlich revidiert. Die
Agrarier aber werden durch die Weiterentwicklung
der Dinge schließlich doch mit Notwendigkeit
gezwungen werden, ihre Liebe zur künst-
lichen Verteuerung der Lebensmittel aufzugeben.
Wie unser Verbandsredakteur in seiner Rede nach-
wies, erwirkt dieser künstliche Schutz der Landwirt-
schaft die völlige Abilutung der arbeitenden
Bevölkerung vom Osten aus den Gebieten des
Großgrundbesitzes in den Westen, in die Gebiete
der Großindustrie. Schließlich kann nicht die Kon-
kurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarke
der Liebe für das Großagrarium zum Opfer ge-
bracht werden.

Auswanderung der deutschen Industrie.

Ueber Betriebsverlegungen nach dem Auslande
infolge der neuen Handelsverträge hat die Vereini-
gung für Zollfragen der Papier verarbeitenden
Industrie und des Papierhandels zugleich im
Namen des Papier-Industrie-Vereins an das Reichs-
amt des Innern eingehenden Bericht erstattet. Wir
entnehmen demselben folgende Stellen: „Zwar sei
der gegenwärtige Augenblick aus manchen Gründen
(Konjunktur in Deutschland, politische Unruhen in
Ausland, zu kurze Frist seit Inkrafttreten der neuen
Verträge) wenig geeignet, ein abschließendes Urteil
über die wichtige Frage zu fällen; immerhin habe die
Verlegung industrieller Anlagen nach dem Auslande
schon jetzt ihren Anfang genommen, und man sehe
vor einer Bewegung, die nach Abflauen der gegen-
wärtigen Konjunktur im Laufe der nächsten Jahre
vorwiegend größeren Umfang annehmen werde.“

Allerdings handle es sich dabei nicht immer um
vollständige Auswanderung von industriellen Unter-
nehmungen oder um Errichtung von Zweignieder-
lassungen im Auslande, sondern um einen in den ver-
schiedensten Formen auftretenden Entgang von Ar-
beitsgelegenheit zugunsten des Auslandes und zum
Schaden der heimischen Industrie. So werden in-
folge der neuen Handelsverträge bereits bestehende
Auslandsfabriken deutscher Firmen durch Aufnahme
weiterer Spezialitäten erweitert und bloß Verkaufsstel-
len im Auslande zu Fabrikanlagen umgewandelt.
Es werden mancherlei Teilarbeiten nunmehr im Aus-
lande hergestellt oder an Stelle des Fertigfabrikats
Halbfabrikate ausgeführt, die erst im Auslande fertig
gemacht werden. Es werden ferner Teilarbeiten, die
das Ausland bisher nach Deutschland bezog, infolge
der neuen Verträge nicht mehr nach Deutschland be-
geben. Es werden die verschiedensten Mittel der Be-
triebsexpansion, wie Preislisten, Prospekte, Plakate
und sonstige Reklamemittel infolge der hohen
ausländischen Zölle auf diese Waren nicht mehr in
Deutschland hergestellt, sondern in denjenigen Ländern,
für welche die in den Preislisten usw. angebotenen
Waren zum Verkauf gebracht werden, wodurch der
Papier- und Druckindustrie ein erheblicher Verlust an
Arbeitsgelegenheit entgeht.“

Neugründungen und Betriebserweiterungen im Inlande werden vermieden und statt dessen Neugründungen im Auslande von deutschen Unternehmern vorgenommen. Diese Folgen der Handelsverträge werden an dreiundzwanzig Einzelfällen illustriert, über die dem Ministerium eingehend berichtet worden ist.

Zum Schluß wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Reichsregierung wenigstens in den noch abzuschließenden Handelsverträgen für größere Berücksichtigung der Ausfuhrinteressen der deutschen Papierverarbeitung Sorge und bei den gegenwärtigen Meinungskämpfen über Auslegung und Anwendung der Zollvorschriften der neuen Handelsverträge sich der Interessen der Industrie in nachdrücklicher Weise annehme, als dies bisher geschah.

Die Breslauer Handelskammer äußert sich über die ungünstigen Wirkungen der neuen Handelsverträge wie folgt: Verschiedenen Industriezweigen ist der Export abgebrochen oder wenigstens völlig ungenügend gemacht worden. Ohne Einbuße ist wohl kaum ein wichtigerer Erwerbszweig davongekommen. Charakteristisch sind die Verhältnisse der zahlreichen in unserem Bezirk betriebenen Papier verarbeitenden Gewerbe, die überwiegend auf den Export aufgebaut sind. Ein Erlaß für die verloren gegangenen Absatzgebiete war trotz aller Bemühungen nicht zu schaffen. Die betreffenden Erwerbszweige sehen daher der Zukunft mit großer Sorge entgegen. Mit voller Schwere wird sich eine Verschlechterung der Exportbedingungen bei einem etwaigen Rückschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung des Inlandes fühlbar machen. Es bleibt zu befürchten, daß in Zukunft wohl mit einer nicht unerheblichen Auswanderung der Industrie in das Ausland zu rechnen sein dürfte.

Es sind das die natürlichen Folgen jener Politik, welche der deutsche Handel, die Industrie und somit auch die deutsche Arbeiterschaft erlährt, Lahmlegung unseres Exports, Verdrängung in das Ausland, und wo das nicht der Fall ist, werden die Interessenten sehen, den ihnen zur Last fallenden Schäden weit zu machen, d. h. geringere Löhne zahlen und die weitere Folge ist Arbeitslosigkeit. — Wir haben den Standpunkt stets vertreten, daß der ins Vakuum getriebene Zollschutz für landwirtschaftliche Produkte der nebenbei noch nicht einmal der Landwirtschaft dauernd zugute kommt, die deutsche Exportindustrie schwerer schädigen muß, und daß das eine Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ganzer Volksteile, besonders der gewerblichen Arbeiterschaft zur Folge haben muß. Wie gewaltig würde die Konjunkturlage der deutschen Arbeiterschaft in dieser Zeit der Hochkonjunktur in die Höhe gegangen sein, wenn nicht infolge der Lebensmittelteuerung die nächsten Lebenskosten so stark gestiegen wären. D. W.

Die Probe aufs Exempel.

In der italienischen Stadt Catania gelang es den sozialistischen Genossen, die Mehrheit der Gemeinderäte für die Errichtung einer Gemeindebäckerei zu erlangen. Die Bäckerei sollte nach sozialistischen Grundsätzen arbeiten. Am 26. November 1902 wurde die Frage der Gemeindebäckerei einer Urabstimmung unterworfen. Von 9785 Wählern stimmten 5200 für den Plan. Direkt gegen ihn sprachen sich nur 145 Personen aus, die wohl selbständige Bäcker oder von diesen abhängige Personen waren. Bereits im Frühjahr 1903 gab die Verwaltung einen Rechenschaftsbericht heraus, der um seiner glänzenden Resultate willen in ganz Italien und darüber hinaus großes Aufsehen erregte. In diesem Bericht hieß es: „Zugunsten der Konjunktur ist das Alle Brot um zwölf Centesimi (zehn Pfennig) gleich zwölf Prozent im Preise vermindert worden.“

Zugunsten der Arbeiter sind die Arbeitsstunden von sechzehn und zwölf auf den Normalarbeitsstag von acht Stunden herabgesetzt worden.

Zugunsten der Arbeiter wurde der Tagelohn von 2 Lire 40 auf 5 und in der Minimallohnung auf 4 Franken gebracht.

Zugunsten der Gesamtbevölkerung wurde die Qualität aller Backwaren so verbessert, daß unsere Universitätsprofessoren eine namhafte Verminderung aller Verdammungskrankheiten feststellen konnten.

Die Gemeindebäckerei hat nach den ersten drei Monaten ihres Bäckereibetriebes außer der sofortigen Rückzahlung von 10 000 Franken für die Kosten der Ausrüstung einen Reinertrag von 8000 Franken.“

Diese Kommune-Bäckerei ist nun zusammengebrochen. Wie die „Grenboten“ erzählen, ergab die Nachprüfung jener erstaunlichen Zahlen eine arge Enttäuschung. In Wahrheit betrug nach Form und Gewicht der Backwaren die Verbilligung nicht 12, sondern nur 2 bis 2 1/2 % und 3/4 Centesimi. Mit dem Normalarbeitsstag der acht Stunden hand es besonders unbillig; es herrschte nämlich Schichtwechsel, und ein Tag auf drei hieß ohne Bezahlung. Der Durchschnittslohn von 5 Lire entpuppte sich als plumpe Aufschneiderei. Nach der Rechnungslegung von De Felice, des sozialdemokratischen Führers und Abgeordneten, eigener Hand zahlte er im Jahre 1904 an 538 Bäckarbeiter 1282 Lire für den Tag, das ist 2 Lire 28 für den Kopf. Ueber die

vorzügliche Qualität der Backwaren lauten die Berichte des Präsidenten über die vorgenommenen Untersuchungen einigermaßen widersprechend: „6. Juli 1904. Auf vierzehn Proben: sechs höchst tadelswert und zur Nahrung untauglich, drei verdaulich, zwei verbraucht und eine von niedriger Qualität. 17. Juli 1904: zwei Proben von minderm Hausmehl und schlecht vergoren, vier Proben von verdorbenem Mehl, zur Nahrung untauglich, dreizehn Proben von über aufbewahrt Mehl (maufig), weniglich noch genießbar. 18. Juli: die Proben ergeben, daß zwei Mehl zweiter Qualität verdammt wird.“

Außerdem wurde ein Fehlbetrag von 147 000 Lire festgestellt, und aus den köstlichen Magazinen waren Bäckereiwaren im Werte von 34 000 Lire von der zukunftsstaatlichen Bäckerei gestohlen worden. Diese Unternehmung durch den Regierungsausschuß im Jahre 1904 fand keinen Glauben. Abgegeben von der Parteiverammlung und der allgemeinen Versammlung im Süden konnte das schwerste Kästel nicht gelöst werden: „Woher kamen die gleich zu Beginn des Jahres 1903 zugunsten der Gemeindefassen erreichten glänzenden Ergebnisse finanzieller Art? Die Gewinne von 8000 und 6000 Lire für das Vierteljahr waren nämlich echt. Gewiß waren die rechnerischen Ueberüberschüsse der ersten acht Monate richtig. Als nämlich die Weibhändler Italiens im Dezember 1902 erfahren hatten, daß sich eine einzelne Bäckereifirma in Catania aufste, die mit täglich 160 000 festen Kunden (die Hofenpassanten und Fremden eingerechnet) arbeite, gab es ein allgemeines Wettrennen unter Angebot der glänzendsten Bedingungen; die oberste laute — bei dem unbedingten Kredit der reichen Stadt Catania — auf lange Zahlungsfristen: sechs, neun und zehn Monate. Darum schien in Catania für die Dauer eines vollen Jahres die soziale Frage in dem wichtigsten Punkte einer billigen Beschaffung des Brotes durch die Kommunalverwaltung des Bäckereibetriebes allerdings gelöst worden zu sein, bis zu Neujahr 1904 der schlimmste Irrtum aus Licht kam: der Fabrikant hatte rein überhastet, seinen Rohstoff in Rechnung zu stellen. Die zukunftsstaatliche Gemeindebäckerei Catania verteilte viele tausend Franken „Reingewinn“, weil sie das Mehl nicht bezahlte. Am 17. August 1906 präsentierten allein die zwei Mäckerfirmen Nicotra und Sampieri ihre vollstreckbaren Forderungen für geliefertes Mehl mit 232 000 Franken, zahlreiche andere Weibhändler folgten. In Catania: die Hauptmenge des seit 1903 bis heute von der Zukunfts-bäckerei verdorbenen Mehls ist niemals bezahlt worden. Nun ist über das eminent sozialpolitische, wohlthätige und hygienische Institut einer roten „Gemeindebäckerei“ die Gant verhängt, die Liquidation eröffnet und die strafrechtliche Unternehmung eingeleitet worden.“

Die sozialistischen Theoretiker sind kluge Köpfe im Spintieren. Da wissen sie alles besser. Wenn sie aber den Versuch machen, ihre Theorien zu verwirklichen, dann erleiden sie elend Schicksal. Und dieselben Leute, die praktisch nicht einmal einen großen Bäckereibetrieb leiten können, geben vor, sie könnten die Menschen der ganzen Welt glücklich machen. Denkt nach, Arbeiter, denkt nach!

Zum Verbandstage.

In der Nummer 10 des „Gewerterein“ wurde die Frage der Tageszeitung behandelt. Bei der Wichtigkeit dieser Frage möchte auch ich als Oberstleutnant die Bedeutung einer solchen Zeitung für uns hervorheben. Wir haben im ganzen oberösterreichischen Industriegebiet kein Blatt, welches unsere Gewertereins-Interessen wahrnehmen möchte, wir werden in gegenwärtigen Zeitungen verdrängt, in den Augen der Arbeiterschaft herabgesetzt, ohne daß wir eine Nichtbeachtung oder Zurückweisung durch die Zeitung erfolgen lassen können. Wie viel leichter wäre es, Agitation zu treiben, ohne große öffentliche Versammlungen abhalten zu müssen. Die Schaffung einer Gewertereins-Zeitung war bei uns schon Gegenstand lebhafter Erörterung, aber petimäre Verhältnisse haben den wertvollen Plan einschlafen lassen. Aus der gepöblichten Diskussion wurde als Norm bezeichnet, daß ein solches Blatt, wenn es von Anfang an rentabel sein soll, eine Tageszeitung sein müßte, welche das Halten einer zweiten Zeitung erlirigt. Nur so kann ein Abonnieren der Arbeiter im großen Stil zu erwarten sein. Es müßten allerdings auch Unterhandlungen mit den Ausbreitungsverbänden, soweit dieselben eigene Zeitungen besitzen, stattfinden, aber auch da ließen sich Mittel und Wege finden, eine Verbilligung herbeizuführen. Wir wollen also keine Schwarzseher sein und eine Nachfrage innerhalb des Verbandes würde, vorausgesetzt, daß die Zeitung die obige Bedingung erfüllt, ein glänzendes Resultat zeitigen. Gerhard Böh.

Zum Verbandstage.

In der Diskussion über den nächsten Verbandstag schloß ich mich dem Kameraden Thomas vollständig an, hauptsächlich in dem Kardinalpunkt: „Die Gewertereine und die Politik“. Dieser Punkt kommt hauptsächlich bei uns in Oberösterreich in Betracht;

das konnte man bei der letztobenden Reichstagswahl am besten beurteilen, wenn man Kenner des oberösterreichischen Arbeiter ist. Die meisten Anhänger haben die Sozialdemokraten, weil diese ein Vereinsorgan haben, das politische Artikel bringt, welche auf die Arbeiter einen großen Einfluß ausüben. Die meisten Arbeiter sind nur Willkürer. Wenn sollen sie sich aufschließen? Dem Zentrum? Das ist bei uns sehr verhasst. Wir Gewertereiner beteiligen uns an der Politik nicht. Wenn wir auf dem nächsten Verbandstage über diesen Punkt sprechen, so möchte ich bitten, uns doch etwas mehr politisch zu beteiligen, eine größere Vereinigung herauszugeben und eine kräftige Agitation unter den Bergleuten Oberösterreichs zu entfalten, dann finden wir hier noch ein weites Arbeitsfeld. So lange unser Kollege Schmidt aus Oberhausen hier agitirte, war alles in Aufregung; seitdem er aber weg ist, hängt wieder alles an einzuschlafen. Deshalb ist es nötig, so schnell wie möglich einen Begrüßter anzustellen und uns noch kräftig zu unterstützen. Ferner möchte ich noch bitten, zum nächsten Verbandstage auch einen Vertreter der Bergarbeiter aus Oberösterreich zu berufen.

Jaborge: B. G. Simbol.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 12. Februar 1907.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906. Die günstige Beschäftigung in allen Industrien, welche die Arbeitslosenzahlen des vergangenen Jahres erwiefen, brachte wiederum eine bedeutende Zunahme der Streiks und Aussperrungen. Der natürliche Drang der Arbeiter, bei gutem Geschäftsgange eine bessere Entlohnung ihrer Arbeit zu erzielen, ließ auf Seiten der Arbeitgeber die beliebte Gegenaktion der Aussperrung vielfach in Anwendung kommen. Aus keinen Ursachen heraus entstanden große Bewegungen, die sich zum Teil äußerst weit ausdehnten und Tausende unbeteiligter Arbeiter in Mitleidenschaft zogen. Wir erinnern nur an den Kampf auf dem Hüttenwert Rote Erde bei Wachen, der von unserem Gewertereiner der Maschinenbauer mit Erfolg für die Arbeiter durchgeführt wurde; ferner die Formerbewegung, der Seemannsstreik in Hamburg, die Textilarbeiterbewegung in Kachen, die Schiffbewegung im Puchbinden-, Lithographen- und Steinbrudergewerbe, sowie die Aussperrung der Berliner Fabrikantenmacher.

Neben diesen harten Kämpfen hat es auch nicht an zahlreichen friedlichen Ausschüssen von Tarifverträgen gefehlt, die zum großen Teil leider erst eine Folge des Streiks gewesen sind. Das Reichsarbeitsblatt“ schätz die Zahl der im Jahre 1906 vereinbarten Tarife auf ungefähr 600. Das bedeutendste Werk ist der bis zum Jahre 1912 abgeschlossene Buch-

Die Zahl der Streiks und Aussperrungen hat im Jahre 1906 um 765 bzw. 26 zugenommen. Die von Streiks betroffenen Betriebe stiegen um 1354, jedoch sank die Zahl der davon betroffenen Personen um 147757; desgleichen verminderten sich die von einer Aussperrung betroffenen Firmen und Personen. Zur besseren Information geben wir nachstehend eine Uebersicht der Streiks und Aussperrungen in den letzten drei Jahren:

Jahre	Davon betroffene Personen			
	Streiks	Aussperrungen	Streiks	Aussperrungen
1904:	1870	120	10321	1115
1905:	2403	254	14481	3859
1906:	3168	280	15815	2687

Der unaufrichtig vorwärts schreitende Gedanke der Tarifgemeinschaft wird auch die Zahl der Kämpfe vermindern und damit dasjenige zum Siege führen, was die Deutschen Gewertereine als erste Forderung verhandelt haben.

Gegen die Maßfeier nahm der Generalrat des Gewertereins der Maschinenbauer- und Metallarbeiter in seiner Sitzung am Montag, 4. Februar, Stellung, um die Mitglieder rechtzeitig zu informieren. Der Generalrat beschloß daher:

„Auf Grund der noch immer zu Recht bestehenden Delegiertenentschlüsse und in der Ueberzeugung, daß die von der sozialdemokratischen Partei empfohlene Maßfeier in keiner Weise förderlich auf die fortschrittliche Entwicklung der Arbeiterschaft und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wirkt, noch in der verlassenen Zeit gewahrt hat, verpflichtet der Generalrat alle Mitglieder des Gewertereins der Deutschen Maschinenbauer- und Metallarbeiter, sich an keinen Versammlungen und Hoffnungen über die Maßfeier zu beteiligen. Die Gewertereinsmitglieder arbeiten am 1. Mai ruhig weiter. Der Wunsch an der Maßfeier teilzunehmen, tut dies auf eigene Gefahr; Maßregelungs- bzw. Strafmassnahmen werden in diesem Falle nicht gewährt.“

Der „Vorwärts“ meint, es würde schlimm um die Maßfeier, wenn die Gewertereiner sich für dieselbe begeistern sollten.

Mit diesem wollen Kameraden freut er sich über die Erklärung der Maschinenbauer hinweg zu gehen, obgleich er sehr gut weiß, daß zahlreiche Arbeiter, die

